

Stadt Blatt

SALZBURG

vereinigt mit **StadtAnzeiger SalzburgAnzeiger**
Nr. 50 - Mi., 12.12.07, Auflage Stadtblatt: 72.663
Gesamtauflage Bundesland Salzburg 210.676
Münchner Bundesstraße 142, Tel. 0662/2233
An einen Haushalt. RM 00A000496

Wochenlange Krankenstände, Personal am Lin Burnout im Salzburger Sozialamt



„Tod und Teufel“

Ex-Politiker Lukas
Wolff kritisiert im
Stadtblatt-Interview
den neuen Grün-
land-Vertrag.
Seite 2/3.

Auf und davon

Im Luxuscabrio davon gebräust. Ein
dreister Dieb nutzte die Gelegenheit und
stahl am Heiliglichten Tag einen BMW im
Wert von 60.000 Euro vom Gelände eines
Autohauses in der
Alpenstraße. Seite 5.



Einmal Nostalgie und zurück: Salzburgs
„Mister Obus“ Thomas Feichtinger trägt eine



Berufung, die mmt

gegen das Wirt-Wohnbaugesetz im Allgemeinen B im Speziellen. So kritisierte das gemeinnützige „Kreuz-Partner“ erst apolozierenden Dafür verantwortlichem nicht allein neigepreise, sondern die gemeinnützig-träger. Immerhin se über 80 Prozent fördermittel für neue Gebäude. Das stengünstig zu baun verbleibenden artteil dankbar musste die GSWB cheungshof für die neinstecken, die en Mietern in Form rer Mieten zugun- dem in Rückla- elt wurden. Diese ich an die Politik it werden, die dem 1. lange zuseht. ser endlich ge- nehmen gefunden eine kostengün- se verpflichtend , und sicherstellen, men Rücklagen der ren abschmelzen.

ssum

ilzburg
 10000
 06641 2333 233
 info@rechner.at
 www.rechner.at

in, Hingogelber
 10000
 06641 2333 233
 info@rechner.at

in, Hingogelber
 10000
 06641 2333 233
 info@rechner.at

ir Salzburg
 10000
 06641 2333 233
 info@rechner.at

10000
 06641 2333 233
 info@rechner.at

„Stadt macht Raumplanung à la Nordkorea“

Der Obmann der Salzburger Grundeigentümer, Ex-Politiker Lukas Wolf, kritisiert im Stadtblatt-Interview den neuen Grünland-Vertrag

Während die Diskussionen ums Grünland nach dem Grundsatzbeschluss für eine neue Deklaration im Gemeinderat abebben, wird der Rechtsanwalt Lukas Wolf nicht müde den „Pakt“ zu kritisieren.

SALZBURG. Der ehemalige ÖVP-Gemeinderat und Obmann des Haus- und Grundbesitzerverbandes Lukas Wolf spricht bei dem Beschluss des neuen Grünlandvertrages von einem „Kniefall der Politik vor Boulevardpresse und Grünlandaktivisten“ und von einer „bewussten Verletzung ihrer Pflichten zur Daseinsvorsorge für die Bevölkerung“. Das Stadtblatt hat ihn seinen Standpunkt begründen lassen.

Der Beschluss einer reformierten Grünlanddeklaration wurde und wird von der Stadtpolitik als „historischer Kompromiss“ gefeiert. Was ist er für Sie?
LUKAS WOLFF: „Diese Beschluss-

fassung ist ein solches Hemmnis für die Entwicklung der Stadt. Es stellt sich mir die Frage, wie 40 Gemeinderäte so etwas so unreflektiert beschließen konnten.“

Dem Beschluss ging bekanntlich eine lange Diskussion voraus –
LUKAS WOLFF: „Ja, aber die war völlig unkritisch. Es wurde nur diskutiert, wie man das Grünland noch mehr schützen kann. Nie ist diskutiert worden, was das für die Entwicklung der Stadt bedeutet, denn so ist es unmöglich die Hauptpflicht des Raumordnungsgesetzes zu erfüllen und für alle Einwohner annähernd die gleichen Lebensbedingungen herstellen zu können.“

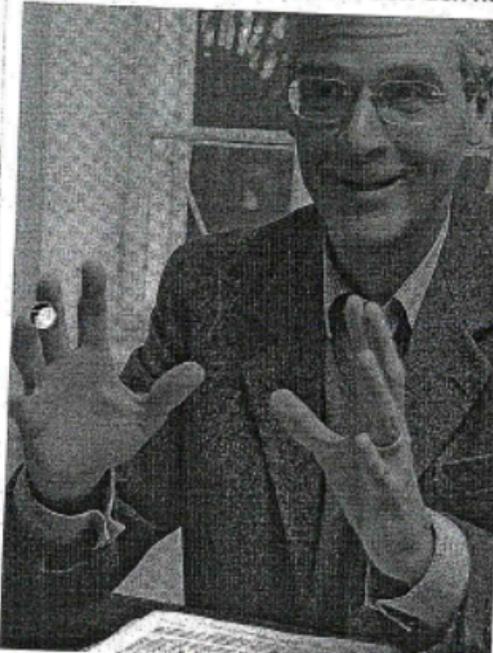
Bei der Präsentation des neuen Räumlichen Entwicklungskonzeptes war von 8.300 Wohnungen die Rede, die in den nächsten zehn Jahren geschaffen werden sollen. Der Braum-Studie zufolge ist es möglich, durch Nachverdichtung und Umstrukturierung schlecht

genutzter Flächen 500 Wohnarbeiten jährlich zu schaffen. Wie realistisch schätzen Sie das ein?
LUKAS WOLFF: „Diese Zahlen sind alle frei erfunden. Das ist unmöglich zu schaffen. Im letzten Jahr wurden 116 Wohnungen fertig gestellt.“

Wie sinnvoll stufen Sie die von der Stadtpolitik geforderte Infrastrukturabgabe ein?
LUKAS WOLFF: „Eine solche Abgabe würde in der Stadt so gut wie nichts bewegen, da es kaum Flächen mit mehr als 5.000 m² gibt. Eine Besteuerung führt letztlich zur Flucht aus dem Bauland.“
 „Die Sicht der Planung wäre die konsequente Antwort eine Baulandwidmung entgegen dem Willen des Eigentümers und Besteuerung in einem solchen Maß, dass er verkaufen muss. Das kommt einer Enteignung gleich und ist sachlich nicht gerechtfertigt.“

Was läuft für Sie dann falsch in der Raumplanung?
LUKAS WOLFF: „In Salzburg verweigern die Raumplaner grundsätzlich den Dialog mit den Eigentümern. Vor der Herauslösung der 27,5 Hektar aus der Grünlanddeklaration gab es keinerlei Gespräche mit dem Grundeigentümer. Es gab nur die Braum-Studie, das ist zentralistische Raumplanung à la Nordkorea. Rund die Hälfte der Grundeigentümer wollen gar kein Bauland haben.“

Sie sind selbst Grundstücksbesitzer und sprechen für den Verband der Haus- und Grundeigentümer. Die Interessen, die Sie vertreten, sind scheinbar nicht die der Mehrheit der Bevölkerung.
LUKAS WOLFF: „Das ist das Ergebnis der gelaufenen Diskussion, die reduziert wurde auf die Grünland-Frage. Der überwiegende Teil der Bevölkerung kann den Beschluss in seiner ganzen Tragweite nicht realisieren. Niemand will die



klischen, die dramatischen Staualandschaften umwidmen, aber durch den Beschluss könnten 57 Prozent des gesamten Stadtgebietes nicht mehr bebaut werden.“

Wie sieht demnach Ihre Zukunftsvision von Salzburg aus?
LUKAS WOLFF: „Richard Hörl sagt, er würde gegen Tod und Teufel für das Grünland kämpfen. Diese beiden werden in die Stadt einreiten: Der Teufel in Form der Wohnungsnot und der Tod durch die langsame Erstickung der Stadt.“

Was wäre die Lösung aus dem – wie Sie finden – Dilemma?
LUKAS WOLFF: „Es braucht einen übergeordneten Blick mit einem Auge, aber das zweite, ebenso starke Auge muss das beobachten, was möglich ist. Der Dialog mit den Grundeigentümern muss in Abstimmung mit den Planungszielen gebracht werden.“

Monarchie, ja sogar in eine Gewaltherrschaft, aber um Grünland in Salzburg umzuwidmen, braucht man ein höheres Quorum. Das ist eine hysterische Überreaktion mit dem Ergebnis, dass Alt dominiert und regiert und Jung verliert.“

Die Stadtparteien haben mehr oder weniger geschlossen dem Paket „Neue Grünlanddeklaration“ zugestimmt. Von welcher Fraktion hätten Sie sich mehr Unterstützung erhofft?
LUKAS WOLFF: „Jedenfalls von den Sozialdemokraten als Mehrheitspartei, die der Daseinsvorsorge verpflichtet ist. Aber auch von der ÖVP – programmatisch.“

In Sachen Raumplanung sind Sie da eher beim Land mit dem ÖVP-Landesrat Sepp Eisl?
LUKAS WOLFF: „Absolut. Aber mit seiner Vertragsraumordnung – also immer im Dialog mit den Eigentümern – erntet man nur Hohngelächter in der Stadt. Hier geht die Raumplanung seit 30 Jahren davon aus, dass Grundeigentümer die strukturellen Feinde sind. In den 90er-Jahren zu Zeiten der verpflichtenden Vertragsraumordnung haben sich die Grundstückspreise vervielfacht, waren teilweise sogar rückläufig. Denn nur eine Vergrößerung des Angebotes kann die Preise dämpfen. Aber jetzt entwickelt sich Salzburg zu einer Art Kitzbühel, ein Mecca für Alt und Schön – und für pensionierte Grünland-Aktivisten, aber nicht für eine zukunftsträchtige Bevölkerung.“

Interview: Cornelia Grobner

Sie haben nach dem Beschluss im Gemeinderat rechtliche Schritte angekündigt. Was ist daran nicht verfassungskonform?
LUKAS WOLFF: „Eine Dreiviertelmehrheit im Gemeinderat, ein vollständiger Flächenausgleich und/oder eine Bürgerabstimmung für die Herauslösung einer Fläche im Grünland – das ist eine unsachliche Verknüpfung. Wir sind jetzt in der Prüfung und wenn es verfassungsrechtlich möglich ist, werden wir die nötigen Schritte ergreifen.“

Woran stoßen Sie sich am meisten?
LUKAS WOLFF: „Man kann Österreich mit einer Zweidrittel-Mehrheit in eine völlig andere Staatsform überführen – in eine

ZAHNARZTANGST
 www.angstpatient.at

Günstigere Mieten gefordert

Rechnungshof kritisiert Profite der GSWB als zu hoch

SALZBURG (cog). In einem Rechnungsbericht kritisieren die Prüfer zu hohe Gewinne der gemeinsamen Wohnbauorganisation GSWB. Es geht um jene Gewinne, die diese im Zeitraum von 2002 bis

2005 erwirtschaftete, die jedoch in Rücklagen verwendet wurden und nicht den Mietern zugutekamen. Im Vergleich zu 1992 wies die GSWB 2005 eine um 23,3 Prozent höhere Eigenkapitalquote auf. „Dies verdeutlichte, dass die Gewinne stärker gestiegen waren als die Verbindlichkeiten“, heißt es in dem Bericht. In einer Stellungnahme gab die GSWB an, dass die Nachhaltigkeit, günstigen Wohnraum zu schaffen, nur funktionieren könne, wenn laufend Erträge zur Reinvestition in neue Projekte erzielt werden könnten. Zudem seien die Gewinne in den Jahren nach dem Prüfungszeitraum eingesetzt und investiert worden. Die Ansicht des Rechnungshofes, dass die GSWB ihre Gewinne nicht erst an eine nachfolgende Generation, sondern sofort an die Mieter weitergeben und die Mieten senken müsse, teilt auch die Bürgerliste. Daneben fordert die Fraktion erneut ein 100-prozentiges Einweisungsrecht in GSWB-Wohnungen durch die Stadt. Bislang verfügt diese nur über ein Drittel der GSWB-Wohnungen.



Kritik an GSWB vom Rechnungshof (im Bild: Rechnungshofpräsident Josef Mose). Foto: Franz Ritzinger

meinbezirk.at Lokale Infos aus Ihrem Bezirk unter www.meinBezirk.at

Mobil

Maxglan hat's auch

Handy & Internetshop
 Maxglaner Hauptstr. 2
 0662 825 833

Maxglan

Keine Abmahnung gebührt *

FAIRPLAY

Alle Gespräche. Alle Netze. Ein Preis.
 25,- MANDT

MOTOKRZR K1
 2 Mpk Kamera

Video
 Mp3 Player
 Micro SD bis 1 GB
 20 MB Int.Speicher
 Bluetooth

*Ab 0,- €

web n walk

*Anbieter ab 01.12.2007. In gilt. Festnetz. Mobilfunkvertrag über 24 Monate. G. gegen die AöB der Landes-ÖNB. Nähere Infos unter www.motokrzr.at

Silvesterball
 Rupertshof Ainning (Freilassung) Zellberg-Baum, Eva-Maria und der Rupert-Express
 Buffet, Mitternachtsweißlitzle, Pengr. von 20:30 - 02:00 Uhr
 Einlass 19:00, Reserv. ab 19:00
 inkl. Essen € 59,-

Silvesterfeier
 mit Blick nach Salzburg
 Gasthaus Uinshögl in Ainning
 4-Gang-Menü, Mitternachtscocktail € 29,-
 Reservierungen unter Telefon:
 0049 / 8554 / 48820 od. 48830